

Titus Simon

Lebenswelten junger Menschen und Antworten der Jugendhilfe auf Herausforderungen in rechts-extrem belasteten ländlichen Räumen

Arbeit mit »rechten Jugendlichen« weist – auch im kleinstädtisch-ländlichen Raum – eine mittlerweile bald 40jährige Tradition auf. In den Jahren nach 1966 war die NPD in mehreren Länderparlamenten vertreten – u.a. in Baden-Württemberg mit 9,8%. Die Wählerschaft rekrutierte sich mehrheitlich aus älteren Protestwählern und Altnazis. Allerdings konnten bereits damals in Teilen der Arbeiterjugend rechte Orientierungen festgestellt werden. Speziell unter den allorts aufkommenden Rockergruppen war eine rechte Gesinnung weit verbreitet. Und somit hatte die offene Jugendarbeit, welche ab Ende der 1960er Jahre eine starke Zunahme an Projekten verzeichnete, schon damals mit »rechten Cliques« und »Rechts-Rockern« zu tun, die, wie heute auch, in besonderer Weise in der Provinz beheimatet waren. In der Praxis der 1970er und der frühen 1980er Jahre war diese Arbeit nie strittig, leistete neben gelegentlichen Misserfolgen in der Regel recht ordentliche Entwicklungsbeiträge, wobei hinzugefügt werden muss, dass allein aus drei Gründen wesentlich *günstigere Rahmenbedingungen* geherrscht haben. Zum einen hatte die heute in der offenen Jugendarbeit übliche hohe Fluktuation des Personals noch nicht eingesetzt. Es war also möglich, die Jugendlichen über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg zu begleiten. Zum anderen konnte Jugendarbeit sich deutlicher als heute als Begleitung eines Statusübergangs verstehen. Den Jugendlichen gelang trotz ihrer sozialen Auffälligkeiten in der Regel ein erfolgreicher Eintritt in das Berufsleben. Das »Schockererlebnis Jugendarbeitslosigkeit« trat in der alten Bundesrepublik erstmals zu Beginn der 1980er Jahre auf. Und schließlich vollzog sich diese Arbeit an keinem der in den 1970er Jahren bekannt gewordenen Standorte unter den Bedingungen einer wie auch immer gearteten soziokulturellen Hegemonie rechter Jugendkultur.

Skizzen zu den Lebenswirklichkeiten des ländlichen Raumes

Zu den unterschiedlichen Entwicklungen in den ländlichen Räumen

Die Veränderung traditioneller Dörflichkeit vollzieht sich in Deutschland nun bereits seit gut siebzig Jahren. Heute können die Auswirkungen des Wandels der Regionen können wie folgt skizziert werden:

- in einem Süd-Nord-Gefälle seit Mitte der 1970er, welches von einem ausgeprägten West-Ost-Gefälle der 1990er Jahre überlagert wurde,
- in einer negativen Beschäftigungsentwicklung in den alten Wirtschaftszonen,
- im Wandel in den Dienstleistungssektoren bei gleichzeitigem Abbau von Fertigungsfunktionen und Stärkung des Angestelltenbereichs,
- in der räumlichen Entzerrung von Unternehmensansiedelungen bei gleichzeitigem Werben der kleinen Kommunen um mehr Ansiedlung,

- In einer abnehmenden Bedeutung der Landwirtschaft mit der Besonderheit, dass die Landwirtschaft in den neuen Ländern *ökonomisch* zu den »Gewinnern der Einheit« zählt, was aber *arbeitsmarktpolitisch* von einem drastischen Abbau an Arbeitsplätzen begleitet wird.
- Bevor die besonderen Bedingungen skizziert werden, die ein Aufwachsen im ländlichen Raum ausmachen, sind die unterschiedlichen Soziotope des »ländlichen Raumes« zu benennen:
 - ballungsraumnahe »Schlafburgen« im ländlichen Raum,
 - zunehmend werden auch ballungsraumferne Landgemeinden zu den Siedlungsgebieten der dann weit pendelnden ehemaligen Städter, was häufig Konfliktpotentiale um die sozio-kulturelle Hegemonie in den dörflichen Mikrogemeinschaften nach sich zieht,
 - Dörfer, die in attraktiven Landwirtschaften schon immer oder in stärkerem Maße durch den Fremdenverkehr geprägt waren und sind,
 - Dörfer, die innerhalb von zwei Jahrzehnten zu Standorten gewaltiger Industrie- und Dienstleistungsunternehmen geworden sind, was eine Fülle sozialstruktureller Probleme produziert hat,
 - eine immer geringer werdende Zahl an Dörfern, in denen die klassischen sozialen Dorfstrukturen (jeder kennt jeden, hohes Potential gemeinschaftlichen Lebens) noch vorhanden sind, obwohl die Landwirtschaft keine Rolle mehr spielt,
 - eine abnehmende Zahl in Dörfern, die noch stark durch die Landwirtschaft geprägt sind, wobei hierbei wiederum zu unterscheiden ist zwischen den durch landwirtschaftliche Großbetriebe geprägten Dörfern Ostdeutschlands und den meist im Nebenerwerb bewirtschafteten Höfen im süddeutschen Raum,
 - und schließlich in wachsender Zahl in Ostdeutschland: »sterbende Dörfer«, »Dorfruinen« mit Arbeitslosenquoten bis zu 40%, hoher Abwanderung, starker Überalterung und starker Erosion der sozialen Infrastruktur.

Soziale Phänomene in den für Rechtsextremismus besonders anfälligen kleinstädtisch-ländlichen Räumen Ostdeutschlands

Die bauliche Entwicklung in den ländlichen Räumen der DDR hatte ihre Schwerpunkte vor allem auf dem Sektor der Schaffung von Anlagen für eine großindustrielle landwirtschaftliche Produktion. Die vor 1990 aus der Kollektivierung hervorgegangenen landwirtschaftlichen Betriebe besaßen die stärkste integrative Kraft in den ländlichen Gebieten. So waren in Mecklenburg-Vorpommern in etwa 85% der Gemeinden über 50% der beschäftigten Wohnbevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Bereits von 1990 bis 1994 reduzierte sich der Anteil um 80%. Damit fielen Refugien einfacher Tätigkeiten weg, die Arbeitsplatznischen für gering qualifizierte Arbeitskräfte darstellten.

Interessant und dramatisch zugleich ist der Sachverhalt, dass Abwanderungseffekte vor und nach der Wende unheilvolle Synergien erzielten. So wiesen Weiß und Hilbig (1998) eine dramatische Abwanderung aus den ländlichen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns bereits vor 1990 nach. In über 80% der als Agrargemeinden untersuchten Orte bildete sich bis 1987 in der Altersgruppe der 22-35jährigen ein Männerüberschuss von 20-33% heraus. Die Frage, ob diese bereits in die DDR zurück reichenden Entwicklungen die spätere Abwanderung gut qualifizierter Frauen nach der Wende beeinflusst hat, muß an dieser Stelle unbe-

antwortet bleiben.

In den Jahren unmittelbar nach dem Fall der Mauer wanderten fast eine Million Menschen ab, von denen viele schon lange hatten in den Westen wechseln wollen. Danach schien sich die Bevölkerungsentwicklung zu normalisieren, Zu- und Abwanderung hielten sich für wenige Jahre die Waage. Seit 1998 aber ist dieser Angleichungsprozess unterbrochen. Junge, gut qualifizierte Menschen wandern seither jedes Jahr aus den neuen Bundesländern in den Westen, zumeist auf der Suche nach einem besseren Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Arbeitsmarktgründe allein erklären diese Abwanderung nicht – sie ist auch ein Symptom für mangelnde Haltfaktoren in Ostdeutschland: nachlassende Familienbindung, wenig Grundbesitz, wenig Identifikation mit der Region, schlechtes Landesimage und zu wenig Bereitschaft junger Menschen, in der Zivilgesellschaft vor Ort Verantwortung zu übernehmen.

Die den ländlichen Raum betreffende Ost-West-Wanderung ist in hohem Maße eine Arbeits- oder Ausbildungsplatzwanderung und betrifft vor allem junge, erwerbsfähige und überdurchschnittlich gut ausgebildete Menschen. Ca. 60 Prozent der Ost-West-Migranten sind unter 30 Jahren, ca. 20 Prozent sind zwischen 18 und 25 Jahren alt. Dadurch verändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung in Ostdeutschland dauerhaft. Wie mobil Menschen sind, hängt in hohem Maße vom Alter ab; am mobilsten sind die 20-30jährigen. Allgemein bekannt und empirisch für ganz Ostdeutschland nachweisbar ist der deutliche Frauenüberhang im Abwanderungssaldo. Von den neuen Bundesländern haben Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern den stärksten Bevölkerungsrückgang zu verkräften, der bei der weiblichen Bevölkerung zwischen 8 und 9 Prozent beträgt. Insbesondere die seit 1998 bis heute anhaltende dritte Phase der Abwanderung ist deutlich geschlechtsdifferenziert. In der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen haben seit 1998 stets mehr Frauen als Männer die neuen Länder verlassen (Dienel, 2004), und das bedeutet auch: potentielle Mütter.

Die von Kindern und Jugendlichen erlebte Lebenswirklichkeit des ländlichen Raumes

Mit »ländlichem Raum« eng verbunden ist nicht einmal so sehr die Annahme einer »idyllischen, heilen, Welt«, sondern eher die Vorstellung, dass Kinder und Jugendliche hier im ganzheitlichen Sinne »gesündere Lebensverhältnisse« antreffen würden. Auch wenn dies in Teilen noch stimmig ist, muss festgestellt werden, dass diese Vorstellungen eher ein geschöntes Zerrbild darstellen:

- So haben im Westen 40 und im Osten bald 20 Jahre Dorfentwicklung dazu geführt, dass verwilderte Spielflächen einer stereotypen Bebauung gewichen sind. Die Kreissparkasse in der Dorfmitte ist universell geworden, mit dem regionalen Unterschied, dass sie im Süden weiß verputzt und im Norden rot geklinkert ist.
- Dörfliche Sozialräume lassen immer weniger Freiräume für »wildes Spiel«. Auch der öffentliche Raum des Dorfes wird längst in einer Weise verregelt, dass er für Jugendliche nicht mehr attraktiv ist.
- Albert Herrenknecht (2006, S. 5) umschreibt mit dem Begriff »Echt-Raum-Verluste« die Schaffung strukturierter Angebote, die autonomes Erleben auch auf dem Land ersetzen:

- Ballspielen im Verein statt auf der Straße,
- Angeleitete Aktivitäten durch das Spielmobil, statt »wildem Spiel«,
- Klettern auf dem Spielgerät statt in Baumhöhlen,
- Haustier statt Tiere im Stall usw.

Die auf ländliche Räume bezogene Forschung konstatiert seit langem eine Entwertung der alten dörflichen Mitten. Die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen lebt längst in den am Rand entstandenen Neubaugebieten. Aufgrund der abnehmenden Kinderzahl und der durch Bildung und Ausbildung erzwungenen frühen Mobilität reduzieren sich die sozialen Beziehungen zu Altersgleichen und werden rasch am Schulstandort durch ebenfalls eher flüchtige Beziehungen aus der eigenen Schule ersetzt.

Auch die kleineren Kinder spielen eher im Vorgartenspielplatz des eigenen Hauses als am fernen Bach. Das alltägliche Spielen wird privatisiert, findet mediengestützt – wie bei Stadtkindern – immer weniger im Freien, sondern an der Konsole im eigenen Zimmer statt. In der offenen Feldflur ist kaum noch ein jugendlicher zu finden (Herrenknecht, 2006: 8).

Die von Kindesbeinen an eingeübte Mobilisierung des kindlichen Alltags führt zu einer latenten Auflösung der sozialen Verortung, was deshalb relevant ist, da der modernisierte Rechtsextremismus an diesem Defizit gut anknüpfen kann.

Kritisch stellt er (ebenda: 6) die Frage, wie eine solche »Generation der verlorenen Sozialräume« später einmal wirkliche Verantwortung für eben diese Sozialräume übernehmen kann.

Kennzeichen eines modernisierten Rechtsextremismus

Wechselnde Kristallisationspunkte in Ost- und Westdeutschland

Lagen die Kristallisationspunkte rechter Gewalt zwischen 1990 und 2000 vor allem in Ostdeutschland, so lagen die Orte, an denen schwere Straftaten begangen wurden, 2003 und 2004 wieder vermehrt in den alten Bundesländern. Besondere Schwerpunkte liegen mittlerweile in Hessen und Baden-Württemberg und hierbei insbesondere in den Regionen Schwäbisch-Hall-Hohenlohe, Ostalb, im Rems-Murr-Kreis und im Bodenseeraum.¹ Seit 2005 sind die Aktivitäten in allen vier ostdeutschen Bundesländern wieder stärker aufgeflammt. Exemplarisch sei hier auf die Entwicklungen in Sachsen-Anhalt verwiesen:

¹ Im Rems-Murr-Kreis wurden 2002 und 2003 zahlreiche Überfälle, etwa 30 Sprühangriffe mit rechts-extremen Parolen sowie mehrere Brandanschläge auf Asylbewerberheime, einen türkischen Imbissstand sowie eine türkische Kultureinrichtung verübt. Allein im Jahr 2003 registrierte die Polizei 117 rechtsradikal unterlegte Straftaten, darunter Brandanschläge, versuchte Morde und Körperverletzungsdelikte. Zum Vergleich hierzu: Der in Sachsen-Anhalt als »hoch belastete Region« betrachtete Kreis Quedlinburg verzeichnete im selben Jahr sieben derartige Straftaten, von denen sechs aufgeklärt worden sind. Schwäbisch-Hall wird von der landesweit organisierten rechten Szene als »Aufmarschgebiet zur ›Brechung des Multi-Kulti-Diktates« betrachtet. Provokationen und Gewalttaten haben in der Stadt und im Landkreis Schwäbisch Hall sowie im angrenzenden Hohenlohekreis deutlich zugenommen. In Heidenheim an der Brenz ermordete ein aus Berlin zugezogener Rechtsextremist drei Jugendliche. Vorausgegangen waren zahlreiche Propaganda- und Gewaltdelikte, deren Ausgangspunkt das örtliche und das regionale Skinheadmilieu waren. Bereits seit einigen Jahren hat sich im Bodenseeraum eine starke rechtsradikale Skinheadszene etabliert, deren militante Teile (Hammer Skins) grenzüberschreitend in Kooperation mit Rechtsextremisten aus Österreich und der Schweiz agieren (Simon, 2005).

Tabelle 1: Rechtsextrem motivierte Straftaten und Gewaltdelikte in Sachsen-Anhalt 2001–2005 (Hellfeld)

Jahr	Registrierte Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund	davon Gewalt-Delikte	davon fremdenfeindliche Straftaten	davon antisemitische Straftaten
2001	830	55	105	42
2002	618	74	102	29
2003	571	53	112	25
2004	758	73	115	51
2005	1130	116	136	74

Der Verweis auf diese sich immer wieder vollziehenden Schwerpunktverlagerungen zwischen Ost- und Westdeutschland soll das Problem des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland keinesfalls bagatellisieren. Notwendig ist allerdings eine neue Lesart, eine Kenntnisnahme des Umstandes, dass rechtsextrem und fremdenfeindlich begründete Denk- und Handlungsmuster ein gesamtdeutsches, generationenübergreifendes Problem darstellen, auch wenn individuelle soziale Erfahrungen und daraus resultierende Dispositionen unterschiedlich sein können. Angesichts absehbarer weiterer sozialer Erosion und gesellschaftlicher Verwerfungen ist auch künftig in beiden Teilen Deutschlands davon auszugehen, dass sich Latenzzeiten mit niedriger Kriminalitätsbelastung mit Phasen abwechseln werden, in denen rechtsextrem begründete Straftaten wieder zunehmen (Simon, 2004 a; 2005).

Organisatorische und strukturelle Ausformungen sowie regionale Netzwerkbildungen

Betrachtet man die Organisations- und Strukturentwicklung rechter Vereinigungen und Milieus, so wird heute die Hoffnung nicht mehr erfüllt, dass sich – wie noch 1998 in Sachsen-Anhalt – rechte Parlamentsfraktionen nach ihren überraschenden Wahlerfolgen durch Dummheit, Inkompetenz, Faulheit und Eifersüchteleien relativ schnell wieder selbst demontieren. Auch war die ausgeprägte Aversion zwischen Führungskräften von DVU, NPD und Republikanern über viele Jahrzehnte ein guter Garant dafür, dass sich rechte Wahlerfolge nur relativ selten einstellten.

Mittlerweile zeigen die relevanten rechten Kräfte inner- und außerhalb der Parteien ein wachsendes strategisches Geschick, was sich an mehreren Vorgängen ablesen lässt und zunehmende Erfolge garantiert:

Mit dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag präsentiert sich eine Fraktion, die nicht ständig über ihre eigenen Fehler stolpert, sondern zumindest partiell den anderen Parteien die Themen aufzwingt und die zudem bislang die *Gratwanderung zwischen Provokation und klassischer Parlamentsarbeit* in einer Weise bewältigt hat, dass zumindest die Zustimmung in der Bevölkerung nicht merklich gesunken ist. Dies wurde unter anderen auch damit erreicht, dass ausgesuchte Kader der Bundespartei recht-

zeitig nach Sachsen gezogen sind. Gleiches war jetzt vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten. Zumindest in Sachsen konnten die Machtkämpfe zwischen der alten – vor allem aus Leipzig stammenden »alten Garde« und den aus dem Westen zugezogenen Parteikadern weitgehend überwunden werden.

Die rechten Parteien, die sich zur Wahl stellen, werden zunehmend kooperationsfähiger. Die Absprachen zwischen NPD und DVU über die

Frage, welche Partei antritt, hat bislang bei den Wahlen in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern funktioniert. Für die Berliner Bezirkswahlen am 17. September 2006, für die ja nur eine 3%-Hürde galt, konnte erstmals auch mit den Republikanern eine Absprache in der Weise getroffen werden, dass die Republikaner vorwiegend in den westlichen, die NPD vorwiegend in den östlichen Bezirken ohne Konkurrenzdruck der jeweils anderen Partei antrat – mit Erfolg, wie man gesehen hat.

Bislang konnte davon ausgegangen werden, dass rechte Parteien, selbst dann, wenn sie bei Landtagswahlen einmal erfolgreich waren, in den entsprechenden Ländern bei Kommunalwahlen immer kläglich scheiterten, da es ihnen meist nicht gelang, vor Ort akzeptable Persönlichkeiten als KandidatInnen zu präsentieren. Auch dies hat sich seit den letzten Kommunalwahlen in Sachsen geändert, wo die NPD nicht nur einige passable Erfolge erzielt, sondern auch *Personen präsentiert* hat, die in den jeweiligen Gemeinwesen aufgrund ihres beruflichen oder auch sozialen Engagements *Anerkennung finden*.

So wie bei der Herausbildung grün-alternativer Milieus in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts hat das rechte Lager die lang anhaltenden Verwerfungen zwischen Kaderparteien und fluktuierenden, gelegentlich nicht kompatiblen sozialen Milieus bis hin zu den Jugendkulturen erfolgreich bearbeitet. Die parlamentarischen Erfolge sind auch das Ergebnis davon, dass sich in bestimmten Regionen eine ausgesprochen *gute Kooperation zwischen Parteien, sozialen Bewegungen und politisch weniger aktiven Gruppierungen* mit unterschiedlich stark ausgeprägter rechter Orientierung eingestellt hat. Klärner/Kohlstruck (2006: 32) weisen darauf hin, dass gerade das Konzept der sozialen Bewegungen imstande ist, die Modernisierungen des politischen Rechtsextremismus aufzugreifen und zugleich auch die Verwendung der »schweren Zeichen« mit ihrem spezifischen Bedeutungsgehalt in den subkulturellen Szenen zu integrieren.

Speziell der NPD ist es gelungen, Personen aus dem Spektrum des rechten Terrorismus in einer Weise zu integrieren, die Wahlergebnissen nicht abträglich ist. Exemplarisch sei dies an dem Terroristen Peter Naumann dargestellt, der heute als Mitarbeiter der sächsischen Landtagsfraktion der NPD beschäftigt ist. Derzeit erfolgt die Integration des früheren Rechtsterroristen in besonderer Weise *erfolgreich ist mittlerweile die Verbindung zwischen dem organisierten Rechtsextremismus und rechter Jugendkultur*, was seinen höchsten Entwicklungsstand wiederum in

Sachsen hat. Hier können, als Veranstaltungen der Landtagsfraktion deklariert, gut besuchte Neonazikonzerte durchgeführt und damit auch der sächsische Konzerterlass umgangen werden, mit dem Neonazikonzerte im Land verhindert werden sollten. Die Verbindung zwischen parlamentarischer Arbeit und Jugendkultur wird in Sachsen auch durch den hauptamtlichen Fraktionsmitarbeiter Stefan Rochow gewährleistet, der auch bundesweit maßgeblich die Aktionen mit den Schulhof-CDs koordiniert (DAKS, 2005: 12, siehe auch: Flad 2006).

Eine Sonderrolle nimmt das Verhältnis zwischen Parteien und »Kameradschaften«, bzw. »Freien Kräften« ein. Bislang war dieses Verhältnis vor allem deshalb fragil, da sich die Kameradschaften den strengen Vorgaben aus den rechten Parteien nicht unterwerfen wollten und sie häufig nur passager existent waren. Mit der Gründung der FKS, der »Freien Kräfte« Sachsens« ist – wiederum zuerst in Sachsen – eine deutlich *verbesserte Koordination zwischen diesen »Freien Kräften« selbst und auch zwischen NPD und dem Zusammenschluss* entstanden. Zum Spektrum der »Freien Kräfte Sachsens« sind auch rund 40 Bands zu zählen, für die die NPD als Vehikel zur Umgehung des Sächsischen Konzerterlasses dient. Ein noch relativ neuer Kristallisationspunkt männlich dominierter rechter Jugendkultur ist die Free-Fight-Szene Ostdeutschlands. Einige der regional bekannten Aktivisten sind aktive Neonazis, wie z.B. der Chemnitzer Rico Malt.

Eingangs wurde bereits darauf verwiesen, dass an manchen Orten vor allem Akteure der NPD, vereinzelt auch der freien Kameradschaften sich zunehmend in den ortstypischen Organisationen wie Vereinen oder auch der Feuerwehr betätigen. So konnte immer wieder beobachtet werden, wie z.B. *ganze Kameradschaften sich in die traditionellen örtlichen Strukturen einzuklinken* versuchten. Dieses Phänomen, das für die neuen Bundesländer neu ist, wurde bereits vereinzelt in der ersten Hochphase der NPD in den späten 1960er Jahre praktiziert. Damit kann unter anderem erklärt werden, weshalb z.B. der Raum Villingen-Schwenningen über mehr als 35 Jahre hinweg eine »rechte Hochburg« geblieben ist. Zu diesem Eintauchen in die Bürgergesellschaft gehören vor allem auch zunehmend allgemeine Serviceleistungen, wie sie bislang vor allem die PDS praktiziert hat, so etwa Beratungsangebote für Hartz IV-Empfänger. Neu und nicht unproblematisch sind Angebote wie Ferienfreizeiten, Hausaufgabenhilfen und in jüngster Zeit zu verzeichnende Angebote, die sich gezielt an Kinder ab 10 Jahren richten.

Aufgrund der strukturellen und organisatorischen Verdichtung rechtsextremer Angebote

sowie auch aufgrund der ausgeprägten Mobilität vieler Jugendlicher kommt es zu einer *Verdichtung der persönlichen Beziehungsnetzwerke* innerhalb der rechten Milieus und Strukturen. Hierzu existiert im Prinzip eine nur unzureichende Forschung. Gespannt sein darf man auf die

Ergebnisse einer derzeit entstehenden Dissertation von Reiner Becker, der für den hessischen Lahn-Dill-Kreis Interaktions- und Kommunikationsprozesse von Jugendlichen mit rechtsextremer Orientierung qualitativ untersucht.

Jugendkulturelle Verflechtungen und Herstellung jugendkultureller Kontinuitäten

Ein Vorteil früherer Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen war auch der Umstand, dass die jugendkulturellen Angebote der rechten Organisationen bis in die 1980er Jahre für die große Mehrzahl selbst latent rechter Jugendlicher nicht attraktiv waren. Völkisches Liedgut, Trommelschlagen und Fahنشwenken hatten nur eine begrenzte Anziehungskraft. Dies wurde in der extremen Rechten seit Beginn der 1980er Jahre zunehmend erkannt. Von Ian Stuart Donaldson, dem tödlich verunglückten Sänger der rechtsextremen Kultband »Skrewdriver«, ist folgendes Zitat überliefert: *»Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen. Besser als dies durch irgendwelche Reden geschehen kann.«*

Donaldson war Gründer des weltweit agierenden rechtsextremen Musiknetzwerkes »Blood & Honour«. Auch rechtsintellektuelle Strategen wie Peter Dehoust erkannten das Potential rechtsextremer Jugendkultur.

Jugendkulturen werden nicht ausschließlich, aber doch wesentlich durch Musik konstituiert. Musik spielt für die Sozialisation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine zentrale Rolle. Dies gilt auch für die Vermittlung politischer Inhalte über das Medium Musik. Sie ermöglicht Jugendlichen den Einstieg in und die Teilhabe an politischen Lebenswelten und Theorien, die ihnen kognitiv nicht ohne weiteres zugänglich wären (Begrich, 2005: 132).

Der moderne Rechtsextremismus ist unter anderem auch deswegen weiter reproduktionsfähig, weil er eine Kulturbewegung mit der Tendenz zum sozialen Bewegungsmilieu entwickeln konnte (Flad, 2006: 105). Seit Ende der 1980er Jahre gab es einen regelrechten Boom rechter Bands, die zunächst meist im Stil von OI! Punk rechtsextreme Botschaften unter Jugendlichen verbreiteten. Waren es anfangs noch schlecht kopierte Tonbandkassetten, die als Geheimtipp in der Szene von Hand zu Hand gingen, so entwickelte sich Rechtsrock im Laufe des letzten Jahrzehnts zu einem kommerziellen Marktsegment. Die Zahl rechtsextremer Einzelveröffentlichungen auf CD stieg rasant an. Sie wird von Experten für das vergangene Jahrzehnt auf weit über 1.000 geschätzt. Mitte der 90er Jahre kam es im Bereich Rechtsrock zu einem differenzierten Kommerzialisierungs- und Professionalisierungsschub. Sowohl im Umfeld der NPD, als auch aus dem Spektrum der sogenannten »Freien Nationalisten« sind seitdem rechtsextreme Versandfirmen aktiv. Die Bindungen zwischen der rechten Jugendszene bzw. deren Avantgarden und dem organisierten Rechtsextremismus wurden enger.

Nach einer Schätzung von Begrich (2005: 133) existieren in Deutschland zur Zeit ca. 70 Versände für rechtsextreme Tonträger, die darüber hinaus Merchandising- und Promotionartikel wie T-Shirts und Basecaps anbieten. Dieses Angebot wird insbesondere für das Spektrum von in Deutschland illegaler Produkte durch zahlreiche Versandadressen in der Schweiz, in Skandinavien und – seit einigen Jahren zunehmend – aus Polen und Tschechien ergänzt. Sehr weit fortge-

schritten ist zudem die Etablierung von eigenständigen rechtsextremen Kleidermarken, wie bspw. »CONSDAPLE« oder »Thor Steinar« aus dem brandenburgischen Königs-Wusterhausen. Sie verbinden kommerziellen Erfolg mit eindeutigen rechtsextremen Botschaften. Dabei ist heute die Zugehörigkeit zu einer rechten Jugendkultur nicht mehr automatisch an den Habitus des Skinheads gebunden. Mittlerweile gibt es sowohl im Dark Wave, im Black Metal, auch unter Straight Edgern, im Techno und selbst unter Skatern rechtsextreme Subkulturen, denen, obwohl sie direkt nur eingeschränkt miteinander interagieren, ein rechtsextremes Weltbild gemein ist. Auf den Rassismus unter einem Teil der Ultra- und Hooligangruppen des Fußballumfeldes sei an dieser Stelle nur am Rande verwiesen.

Spätestens jetzt ist das ohnehin immer nur begrenzt zutreffende Typenideal des Rechtsextremen – jung, männlich, arbeitslos, Skinhead – überholt. Das Klischee vom Springerstiefel tragenden Glatzkopf stimmt schon lange nicht mehr, auch wenn es auf der einen oder anderen rechtsextremen Demonstration noch bestätigt wird. Der Anteil vordergründig unauffällig, aber »taff« gekleideter, gut situierter Menschen um die 30 nimmt zu. Auch finden derzeit immer mehr Frauen Zugang in die Szene, auch deshalb, weil die vonstatten gehende jugendkulturelle Diversifikation attraktivere männliche Typenideale innerhalb der rechten Milieus produziert.

Der ländliche Raum als spezifischer Kristallisationspunkt rechtsextremistischer Aktivitäten

Abgesehen von punktuellen Wahlerfolgen in großstädtischen Problemstadtteilen (z.B. Wahlerfolge der DVU in Magdeburg und Halle 1998, der Republikaner in den 1990er Jahren in Stuttgart, der NPD bereits in den 1960er Jahren in Stuttgart und in Bremen) lagen die besonderen Erfolge rechter Parteien vorwiegend im ländlichen Raum. Aktuell gilt dies vor allem für die NPD, die im Windschatten der von ihr erfolgreich bestrittenen Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und vor kurzem auch in Niedersachsen ausnahmslos im kleinstädtisch-ländlichen Raum außergewöhnlich gute Kommunalwahlergebnisse erzielen konnte.

Nachfolgend seien einige ausgesuchte Wahlergebnisse aus Sachsen dargestellt:

Tabelle 2: Hochburgen der NPD in Sachsen:

Ort/Landkreis	Wahlergebnis	Mandate
Landkreis Sächsische Schweiz		
Schweiz	9,1%	5
Reinhardtsdorf-Schöna	25,2%	3
Königstein	21,1%	3
Großröckerswalde	15,6%	2
Sebnitz	13,2%	2
Wurzen	11,8%	3

Die besondere Anfälligkeit der Landbevölkerung für rechtsextreme Gruppierungen ist seit den 1920er Jahren bekannt.

Der ländliche Rechtsextremismus der 1920er und 1930er Jahre war vor allem eine Reaktion auf die revolutionären Kämpfe in den fernen Metropolen sowie die massive Verarmung der Bauernschaft.

Die im ländlichen Raum erzielten Erfolge der NPD in den 1960er Jahren gingen vor allem auf die Verunsicherung zurück, die aus dem politischen Diskursen der damaligen Zeit (Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze, erstmaliger Eintritt der SPD in eine Bundesregierung), aber auch aus der Jugend- und Studentenbewegung resultierten.

Die heutigen Wahlerfolge gehen darauf zurück, dass rechte Ideologien an Fragmenten traditioneller Werthaltungen anknüpfen, die in ländlich

strukturierten Sozialräumen stärker präsent sind: Konventionalismus, Autoritarismus, Homophobie bis hin zum Rassismus. Vielerorts hat sich über Jahre hinweg ein lokaler ländlicher – gemeinsam geteilter – gesellschaftlicher Sozialisationsraum entwickelt, in dem eine affektive Gestimmtheit für rechte Mentalitäten, Stereotypen und Vorurteile vorherrscht (Hafenecker, 2006: 35).

Diese für Gesamtdeutschland geltenden Entwicklungen werden in vielen ländlichen Sozialräumen Ostdeutschlands noch durch folgende Umstände verschärft:

- Die zum Teil dramatische Arbeitslosigkeit (mit Spitzenwerten in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts) mit den daraus resultierenden Spaltungs- und Segmentierungsprozessen, Armut und Perspektivlosigkeit.
- Die bereits beschriebene Abwanderung der besser qualifizierten und besser gebildeten jungen Erwachsenen, was sich insbesondere bei Bestrebungen nach einer Stärkung der Zivilgesellschaft als fatal erweist und selbst traditionelle Ehrenamtlichkeit – etwa im Vereinswesen oder der Jugendarbeit – weiter schwächt.
- Der ebenfalls bereits benannte Befund, wonach die Abwanderung gut qualifizierter junger Frauen noch höher ist als bei gleichaltrigen Männern, tritt in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands noch stärker auf. Die Forschungen von Christiane Dienel (2004) dokumentieren dörfliche Situationen, in denen in seltenen Extremfällen nur noch ein Drittel der Bevölkerung weiblich ist. Die in der Zeitschrift »Emma« beschriebenen ländlichen Szenarien, die von einem Überhang arbeitsloser, rechtsextremer männlicher Säufer dominiert werden, sind zweifellos ein unsachgemäßes Zerrbild, freilich eines mit Fragmenten von Realitätsbezug.
- Führt man sich die eingangs skizzierte Veränderung ländlicher Sozialräume mit ihren innenwohnenden Individualisierungspotentialen nochmals vor Augen, so wird begreiflich, dass die in einigen Regionen mittlerweile gut entwickelten rechten Netzwerke eine hohe Attraktivität besitzen. Sie machen Orientierungsangebote, sie etablieren Gruppengeschehen, Freizeitgestaltung mit den für Jugendliche attraktiven Anteilen an »Thrill« und »Action«. Was kann denn attraktiver sein, als ein angekündigtes, aber erst einmal von den Ordnungsbehörden verbotenes Konzert der »14 Nothelfer«, über dessen endgültigen Ort man subversiv und exklusiv im letzten Moment über eine SMS erfährt? Ein Abend mit dreifacher Genussgarantie: erst das »Katz- und Maus-Spiel« mit der Polizei, dann das Konzert selbst, schließlich die Heimfahrt durch eine aus der Sicht der Jugendlichen wenigstens für kurze Zeit »national befreite Zone«, in der sich ihnen des nachts niemand mehr entgegen stellt. Das kann kommunale Jugend- und Bildungsarbeit nur äußerst selten bieten.

Nachfolgend soll auf einige strukturelle und organisatorisch-logistische Aspekte hingewiesen werden, die erklären, weshalb die rechte Jugendkultur, »Freie Kräfte«, NPD-nahe Organisationen und auch die NPD selbst ihre logistischen Basen häufig in der Abgeschiedenheit des ländlichen Raumes installiert haben.

Da sind einmal ganz praktische Gründe zu nennen:

- In den von Abwanderung gebeutelten Sozialräumen sind Immobilien billig zu erwerben und Räumlichkeiten für Konzerte leicht zu finden.
- Innerhalb des organisierten Rechtsextremismus gibt es das Bestreben, regelrechte »Siedlungsschwerpunkte« in ausgesuchten ländlichen Sozialräumen zu bilden. Zu nennen ist das mecklenburgische Städtchen Lübtheen, wohin in den letzten Jahren zahlreiche NPD-

- nahe Akteure zogen. Man pflegt »freundschaftliche und nachbarschaftliche Beziehungen«, meidet Gewalt, hat Arbeit, ist in Bürgerinitiativen und Vereinen geschätzt und hat – wie die letzte Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt hat – Erfolg. Auffällig viele Mitglieder der NPD und Angehörige Freier Kameradschaften siedelten sich in jüngster Zeit im Landkreis Ludwigslust an.
- Im Unterschied zu den Städten gibt es auf dem Land kaum kommunale Gegenmachtbildung, was die Durchführung von Konzerten erleichtert.
 - Büros, rechte Labels und Versände können weitaus unbehelligter agieren, müssen nicht mit Aktionen der städtischen Antifa oder anderer Gruppen rechnen. Das kann exemplarisch an der aktuellen räumlichen Verteilung rechter Labels und Versände in Sachsen nachvollzogen werden:

Tabelle 3: Herkunftsorte rechter Labels und Versände in Sachsen:

Name	Herkunftsort	Bedeutung
Backstreetnoise	Chemnitz	Überregional
front records	Wurzen	Überregional
Deutsche Stimme Verlag	Riesa	Überregional
Foier Frei!	Limbach-Oberfrohna	Regional
No Colours	Müglitz	Regional
PC-Records	Chemnitz	Überregional
Phönix-Versand	Annaberg	Regional
Sonnentanzversand	Aue	Regional
Mitteldeutscher Versand	Rathmannsdorf	Regional

Neben diesen ganz pragmatischen Gesichtspunkten sind mit Blick auf rechte Jugendkultur weitere Aspekte zu benennen, welche deren besondere Präsenz in ländlichen Sozialräumen begründen.

Einmal abgesehen davon, dass der ländliche Raum selbst starkes Rekrutierungsgebiet ist, begründen spezifische soziale Erfahrungen das Auftreten in der Provinz.

Auch wenn der Begriff »national befreite Zonen« unzutreffend ist, muß festgestellt werden, dass rechte Jugendkultur in vielen ländlichen Gebieten dominiert. Während 15 oder 20 Kameradschaftsangehörige in den Städten einen »verlorenen Haufen« darstellen, der leicht selbst in die Opferrolle gerät, kann in Dörfern mit einer Gruppe dieser Größenordnung Macht demonstriert werden. Die Besetzung von Jugendräumen und öffentlichen Plätzen, der Genuss von Machtgefühlen gegenüber anderen Jugendlichen, die Orte meiden und Umwege machen, aber auch gegenüber verschreckten Erwachsenen sind auf dem Lande eher möglich als in Städten. Nichtpräsenz von Polizei in den Nachtstunden lässt die Omnipotenzgefühle weiter anschwellen.

Während das ländliche Gemeinwesen häufig nur wenig institutionelle Angebote für Jugendcliquen vorhält, sind die Erlebniswelten in den Kameradschaften vielfältig. Im Unterschied zu den frühen 1990er Jahren sind die rechten Cliquen auch nicht mehr an ihren Ort gebunden. Hohe Mobilität und eine ausgeprägte »Netzwerkbildung von rechts« schaffen vielfältige Begegnungs- und Erlebniswelten in der Region.

Abschließende Empfehlungen

Vernetzung von Jugendhilfeplanung und Strukturentwicklung

Wenn weiterhin gerade Menschen mit Innovationskraft und sozialem Kapital die ländlichen Regionen Ostdeutschlands verlassen, sinkt die durchschnittliche Qualifikation der im Lande Verbleibenden. Dieser Prozess gefährdet die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und droht, die neuen Länder zu einem deutschen Mezzogiorno zu machen.

Mit Blick auf die ländlichen Räume reicht allerdings der Verweis auf die Schaffung attraktiver Bildungs- und Hochschulstandorte nicht aus, da sie – so hart das klingt – für die Mehrzahl der heute sozial Benachteiligten keine hilfreichen Antworten mehr geben können.

Es wäre in diesem Zusammenhang sicher hilfreich, wenn Jugendhilfeplanung in Kooperation mit anderen Programm-Managern stärker auf den Austausch mit Regionen hinarbeiten würde, die – wie zum Beispiel das österreichische Waldviertel – erfolgreiche Konzepte gegen die massive Strukturkrise eines ländlichen Raumes entwickelt haben. Die Stichworte sind: Bildung, ökologisch orientierte Dorfentwicklung, die Verbesserung der lokalen Ökonomie mit der Schaffung neuer Einkommensquellen und Arbeitsplätzen sowie einer Stärkung von regionaler Kulturarbeit. Krambach (2002) hat hierzu bereits ermutigende Projekte in Wulkow, in Zempow, in Schmachtenhagen, in Lohmen und in Pommritz ausfindig gemacht.

Bereits mit dem 11. Kinder- und Jugendbericht hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einen ersten Gesamtbericht zur Lage der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sowie zu den Leistungen der Jugendhilfe vorgelegt. Jugendpolitik wird hier vorrangig als »Lebenslagenpolitik« verstanden, Jugendhilfe hat künftig stärker als bislang lebensfeldorientierte Unterstützungsleistungen zu entwickeln.

Jugendhilfeplanung hat somit auch die Aufgabe – ohne das bislang Erreichte und Praktizierte aufzugeben – einen *partiellen Paradigmenwechsel insbesondere in der Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen* planerisch und argumentativ zu unterstützen. Ihre Aufgabe besteht künftig vermehrt darin, jungen Menschen bei der Bewältigung der biographischen Übergänge und Risiken zu unterstützen und auch darin, Ressourcen zu entwickeln, die ein vorübergehendes, häufig aber auch länger anhaltendes *Überleben ohne Normalarbeitsverhältnis* besser gelingen lässt. Dies fällt vielen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Jugendhilfe schwer, dies ist auch in einer Gesellschaft, die sich entgegen der Trends in der Entwicklung von Erwerbsbiographien immer noch nach an der klassischen Erwerbsbiographie mit dem zentralen Moment der dauerhaften Beschäftigung orientiert, nur schwer zu vermitteln.

Für einen Teil der am Arbeitsmarkt benachteiligten jungen Menschen – so belegen Modellvorhaben – sind trotz oder gerade aufgrund ihrer unkonventionellen Ansätze der Lebensführung in der Lage, selbständig zu arbeiten. Es ist daher sinnvoll, auch dem Thema *jugendlicher Existenzgründungen im ländlichen Raum* als einen innovativen Ansatz der Jugendsozialarbeit und der Strukturförderung eine größere Öffentlichkeit und eine entsprechende Förderung zu verschaffen.

»Neuen Antworten« der Jugendhilfe

In den letzten knapp 20 Jahren hat es eine Vielzahl an Versuchen gegeben, auf die Erscheinungsformen des jugendlichen Rechtsextremismus zu reagieren. Dabei können in einem regelrechten Wildwuchs unterschiedlichster Angebote folgende Ebenen ausgemacht werden:

- Die Programme des Bundes, angefangen von AgAG bis zu den derzeit auslaufenden Modellprogrammen CIVITAS, entimon und Xenos, für die alleine zwischen 2001 und Dezember 2006 4500 Projekte mit 192 Millionen Euro gefördert worden sind. Restmittel von rund 37 Millionen können noch ein weiteres Jahr beantragt werden. Ab 2007 waren ursprünglich jährlich 19 Millionen für das Programm »Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie« vorgesehen. Trotz einer Aufstockung von weiteren 5 Millionen für die Opferberatung und Mobile Beratungsteams kommt es insgesamt zu einer deutlichen Kürzung der Bundesmittel für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.
- Diverse Landesprogramme, etwa in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, mit denen neben Maßnahmen und Projekten meist feste Strukturen der überörtlichen Beratungsarbeit sowie der gezielten Opferberatung finanziert werden (Mobile Beratungsteams, Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugend und Schule (RAA's Berlin, Brandenburg, Leipzig, Hoyerswerda).
- Auf der Kommunalen Ebene gibt es eine Vielzahl von Programmen, Projekten und Maßnahmen. Die Finanzierung ist meist äußerst fragil, da sie in der Regel als Patch-Work-Finanzierung aus Bundes- und Landesprogrammen sowie aus kommunalen Zuschüssen speist. Hierbei ist grob zu unterscheiden zwischen Maßnahmen, die vor allem der Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Netzwerke dienen, Bildungsmaßnahmen und konkreter Praxis mit »rechten Jugendlichen«, meist in den klassischen Formen der aufsuchenden und der offenen Jugendarbeit.

Insgesamt ist festzustellen, dass in der im kommunalen Sektor wahrnehmbaren Arbeit, eine unmittelbarer pädagogische Praxis mit »rechten Jugendlichen« stark abgenommen hat. So konnte in einer Evaluation für das Land Sachsen-Anhalt festgestellt werden, dass von den vormals 16 AgAG-Projekten kein einziges mehr in der Weise existiert, dass in diesem gezielt mit »rechten Jugendlichen« gearbeitet wird.

Wenn auch generell die *zivilgesellschaftliche Orientierung* aktueller und künftiger Programme zu begrüßen ist, so wird das, was bislang unter dem Sammelbegriff »akzeptierende Jugendarbeit« praktiziert wurde, weitgehend ausgeblendet, auch weil diese Form der Arbeit in den letzten 15 Jahren zunehmend diskreditiert wurde.

Mittelweile tauchen neue Schauplätze auf, die nicht nur, aber auch für die »rechtsextremen Problemjugendlichen« in Anwendung gelangen:

- Formen der Konfrontationspädagogik, etwa im Strafvollzug bzw. innerhalb von Anti-Gewalt-Trainings,
- intensivpädagogische Maßnahmen im In- und Ausland,
- Gelegentlich wird so getan, als sei eine neue »subversive Verunsicherungspädagogik« im Entstehen, mittels derer mit den Angehörigen rechter Jugendliquen gearbeitet werden könne.

Hinweise für eine »praxissichere« Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

Ich plädiere unverändert dafür, dass von der *Jugendarbeit mit »rechten und/oder aggressiven Jugendlichen«* zurückgekehrt wird zu *angemessenen Formen kommunaler Jugendarbeit*, die primär Grundversorgung gewährleisten.

Dies bedeutet die Bereitstellung krisenfest installierter wohngebiets- und stadtteilbezogener Angebote, die das entscheidende Medium in angemessener Weise gewährleisten können: die Herstellung von tragfähigen Kontakten unter Jugendlichen, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, zwischen Jugendlichen und Sozialarbeitern.

Eine Arbeit mit so genannten »rechten Jugendlichen« ist möglich, wenn die Angebote eine zeitliche Kontinuität besitzen. Abzuraten sind derartige Projekte immer dann, wenn mit einer hohen Frequenz von Beziehungsaufbau und Beziehungsabbrüchen zu rechnen ist und wenn die MitarbeiterInnen sich in der Ausgestaltung des Alltags nicht erfolgreich gegen die rechten Besuchercliquen oder gegen Agitatoren von außen behaupten können.

Auf kommunaler Ebene muss ein neuer Aushandlungsprozess beginnen, gemäß dem Prinzip: »Du, Jugendarbeit, übernimmst einen erzieherischen Teil der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die sich ›Schaffung demokratischer und toleranter Lebensverhältnisse im Gemeinwesen‹ nennt. Wir, die Verwaltung, die kommunale Gesellschaft, stehen gleichfalls in Verantwortung und bitten Dich – Jugendarbeit – in Deiner Rolle als Frühwarnsystem um Rückmeldungen von Problemen und Vorgängen, die Du nicht alleine bewältigen kannst.«

Eine in dem angesprochenen Sinne den fachlichen Standards entsprechende Jugendarbeit kann noch relativ viele Akteure aus den rechten Mileus erreichen. Die Grenze kann erst einmal da gezogen werden, wo Jugendliche und junge Erwachsene in feste Strukturen des organisierten Rechtsextremismus eingebunden werden konnten.

Aber auch an dieser problembesetzten Schnittstelle sollte von dogmatischen Entscheidungen Abstand genommen werden. Wichtig ist eine sachgerechte Klärung im Einzelfall (Simon, 2005).

Entscheidungsgrundlage für die Reichweite der jeweiligen Projekte ist immer eine fachlich präzise, selbstbewußte und auch angstfreie Analyse der vor Ort anzutreffenden Gemengelage. Dazu einige Verdeutlichungen:

- Wo rechter Mainstream dominiert, wo das Gemeinwesen nicht mehr konfliktfähig ist, verkommt Jugendarbeit oftmals zu einer reinen Treffpunktfunktion für junge Rechte.
- Wo Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen eine unterstützende Struktur im Ort antreffen, können Grenzen sehr wohl weiter gesteckt werden.
- Die unterschiedlichen Sozialarbeiterpersönlichkeiten führen zu unterschiedlichen Grenzziehungen dessen, was bedrohlich wirkt. Wichtig ist immer eine Profilierung der Projekte in der Weise, dass Kollegen und Kolleginnen in gesicherten und angstfreien Kontexten arbeiten können. Es macht also einen fundamentalen Unterschied aus, ob ein Jugendhaus oder -club eine Milieubindung sowie Umfeld- und Besucherstrukturen aufweist, die auch das Auftreten von »Kameradschaftsangehörigen« oder NPD-Kadern als beherrschbaren, jederzeit kontrollierbaren Sachverhalt erscheinen lassen, oder ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den im Nahraum ausgeübten Druck (›wir wissen,

auf welche Schule deine Tochter geht«) die »Lufthoheit«, sprich die Gestaltungskompetenz in einer Einrichtung längst verloren haben.² Notwendig ist dabei eine fortgesetzte unvoreingenommene Auseinandersetzung um bedarfsgerechte Formen kommunaler Jugendarbeit, sowie deren Weiterentwicklungen. Erst wenn diese Grundversorgung angemessen entwickelt und gesichert ist, stellt sich die Frage nach spezialisierten Angeboten, etwa in Form von sozialen Trainingskursen, Anti-Aggressions- und Antirassismustraining, der Ausweitung des Instruments des Täter-Opfer-Ausgleichs oder einer aufsuchenden Arbeit im Sinne der Hinwendung zu besonderen Ziel- oder Problemgruppen. Erst im Rahmen dieser weitergehenden Spezialisierungen haben auch sogenannte »Aussteigerprogramme« ihren Platz, deren Besonderheit eng umrissen darin zu liegen hat, daß sie Personen schützen, die bei einem Ausstieg aus den Kaderorganisationen besonderen Gefährdungen unterworfen sind.

Neben allen pädagogischen Bemühungen gehört zu einem wirkungsvollen Gesamtkonzept auch die angemessene Verfolgung und Ahndung von Straftaten. Anders als bei Sexualstraftätern wird bei rechtsextremistischen Intensivtätern noch viel zu wenig darüber nachgedacht, diese in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, wenn die Täter auch nach mehreren Verurteilungen noch immer eine Gefahr für Ausländer und andere Opfergruppen darstellen.

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Themenstellung kann an dieser Stelle auf den Schul- und Vorschulbereich nicht ausführlicher eingegangen werden. Mit drei Fragen sollen lediglich drei Problemanzeigen vorgenommen werden:

- Reduziert sich antirassistische Erziehung in Wirklichkeit nicht häufig nur auf einzelne Projekte mit eher symbolischem Charakter?
- Betonen die heimlichen Lehrpläne nicht immer noch eine Ungleichheit der Geschlechter und eine Dominanz weißer Kultur?
- Ist öffentliche Erziehung – speziell auch die der Jungen, wie auch die Familien-erziehung – nicht vorwiegend eine Aufgabe von weiblichen Erziehungspersonen? Fehlen also nicht gerade in den entwicklungspsychologisch relevanten Phasen positive männliche Modelle in der schulischen und außerschulischen Erziehung?

Kommunale Netzwerke als Gegenkonzept gegen die Entwicklung lokal dominanter rechter Strukturen

In jüngster Zeit wurden erfolgreich eine Reihe lokaler Netzwerke gegen Rechtsextremismus etabliert. Sozialarbeit bekommt in einem derartigen Konzept zunehmend die Funktion der Moderation und Mediation (Siehe hierzu: Simon, 2004 b). Wenn zwischen den einschlägigen Projekten, Beratungsstellen, Schulen, Vereinen, Kirchen und Initiativen trotz eventueller Hemmnisse und Kooperations-

² Derartige Szenarien, vorgetragen von verzweifelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern habe ich im Rahmen von Fortbildungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern häufig angetroffen. Sind derartige Entwicklungen eingetreten, kann es durchaus geboten sein, Einrichtungen der Jugendarbeit zu schließen, wenn es dem Schutz der MitarbeiterInnen und zur Implementierung eines anderen Interaktionsrahmensahmens dient. Hier haben wir in der Praxisberatung oftmals Situationen vorgefunden, in denen die Hauptamtlichen aus Sorge um ihren Arbeitsplatz nicht frühzeitig auf ihre Ängste und Schwierigkeiten hingewiesen haben.

belastungen mehr Zusammenarbeit entstehen soll, ist eine sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung erforderlich.

Notwendig für eine erfolgreiche Vernetzungsarbeit in kommunalen und regionalen Zusammenhängen ist ein möglichst transparenter Diskurs im Sinne einer Lageanalyse. Auch hier können Fehler gemacht werden, bewegt sich doch ein derartiger Prozess an der Schnittstelle zwischen notwendigem Erkenntnisgewinn und eventueller Dramatisierung und Stigmatisierung von Cliques und Personen.

Feldstudien und Feldanalysen tragen zur Erhellung der sozialräumlichen Bedingungen und zu einer sachgerechten Vorabklärung notwendiger Ressourcen bei. Ihre Aufgabe besteht darin, vorhandene Lebenssituationen in einem Stadtteil, in einem Quartier oder einem noch überschaubaren Ausschnitt eines Gemeinwesens möglichst so darzustellen, dass ihre Aussagen handlungsleitend für neue Schwerpunktsetzungen kommunaler Sozialpolitik werden können.

Wenngleich Anlässe, Form und Zielsetzungen unterschiedlich sind, so kann festgestellt werden, dass die entstandenen Netzwerke

- häufig professionelle Sozialarbeit in Kooperationsbeziehungen mit ehrenamtlich agierenden Vereinigungen und Einzelpersonen, sowie mit (Kommunal)PolitikerInnen und Verwaltungen treten lassen;
- dann erfolgreich sind, wenn sie über einen längeren Zeitpunkt professionell begleitet werden, etwa durch RAAs, Opferberatungen oder Mobile Beratungsteams;
- um so wirkungsvoller sind, je engagierter die Mitwirkung von Verwaltungsspitzen (Bürgermeistern) entwickelt ist
- um so erfolgreicher sind, je mehr es gelingt, das Spektrum der »üblichen Verdächtigen« im Kampf gegen Rechtsextremismus zugunsten der Einbindung auch des konservativen Lagers zu erweitern
- im Idealfall gerade auch jene Organisationen einbindet, die zumindest partiell zu Zielgruppen rechter Infiltrationsbemühungen geworden sind, etwa Sportvereine und Feuerwehren
- unter den zentralen Akteuren der jeweiligen Stadt- oder Dorfgesellschaft ein hoher Konsens über das Ziel der (Wieder)Herstellung oder den Erhalt einer pluralistischen Gesellschaft in der öffentlichen Kommunikation bereits vorhanden ist oder hergestellt werden kann (siehe hierzu: Klemm/Strobl/Würtz, 2006: 134).

Literatur

- Begrich, S., 2005: Rechtsrock in Magdeburg: Die Band »Deutsche Patrioten«, in: Simon, T., (Hrsg.), Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen – abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Dienel, C., 2004: Abwanderung aus Ostdeutschland – vom Wendephänomen zum langfristigen Trend?, in: R. Hufnagel / T. Simon (Hrsg.), Problemfall Deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu gesamtdeutschen Fragestellungen, Wiesbaden
- DAKS e.V. (Hrsg.) 2005: Die Entwicklung des rechten Spektrums in Sachsen, Dresden
- Flad, H., 2006: Zur Ökonomie der rechten Szene – Die Bedeutung des Handels mit Musik, in: Klärner, A./Kohlstruck, M. (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg
- Hafeneger, B., 2006: Rechte Jugend – jugendlicher Rechtsextremismus auf dem Lande, Sozial Extra, Heft 9/2006
- Herrenknecht, A., 2006: Das Ende des ländlichen Sozial(t)raumes? Die neuen sozial-räumlichen Lebenswirklichkeiten des Kinder- und Jugendalltags im ländlichen Raum, in: Offene Jugendarbeit, Heft 2/2006
- Klärner, A./Kohlstruck, M., 2006: Rechtsextremismus

- Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: dies.: *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg
- Klemm, J./Strobl, R./Würtz, S., 2006: Die Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur – Erfahrungen von zwei Kleinstädten im lokalen Umgang mit Rechtsextremismus, in: Klärner, A./Kohlstruck, M. (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg
- Krambach, K., 2002: *Neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Erfahrungen aus Praxis und Politik*, Berlin
- Simon, T., 2004a: Von Divergenzen und Dissonanzen. Fragmentarische Einlassungen zu richtigen und falschen Diskursen ost- und westdeutscher Befindlichkeiten nach der Wende, in: W. Hufnagel/T. Simon (Hrsg.), *Problemfall Deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu neuen gesamtdeutschen Fragestellungen*, Wiesbaden
- Simon, T., 2004b: Netzwerkarbeit. Voraussetzung zur Förderung der Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, in: *neue praxis*, Heft 2/2004 b
- Simon, T., (Hrsg.), 2005: *Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen – abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt*, Magdeburg
- Weiß, W./Hilbig, A., 1998: Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, in: *Informationen zur Raumordnung*, Heft 11–12/1998

Verf.: Titus Simon, Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Breitscheidstr. 2, 39114 Magdeburg
E-Mail: titus.simon@hs-magdeburg.de
